



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 30. November 2018

Band 12, Ausgabe 20

## Themen

**Gesundheit**

**Arbeit und Soziales**

**Organspende**

**„Mit der steigenden Lebenserwartung muss auch das Renteneintrittsalter ab 2030 weiter steigen. Das ist ehrlich.“**

(Jens Spahn am Mittwoch in Düsseldorf bei der Vorstellung der drei aussichtsreichsten Kandidaten für den CDU-Bundesvorsitz)

## In dieser Ausgabe:

- Debatte zur Organspende 2
- Förderung Mietwohnungsbau 2
- Bundesregierung bewirbt Anleitung zu Elternspionage 3
- Arbeitslosenversicherung 3
- Planungssicherheit bei Breitbandförderung 3
- Gesundheitsforschung 4

## Ukraine, Grundgesetz und Migrationspakt

Die gegenwärtigen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine im Asowschen Meer bedürfen dringend einer Deeskalation. Darum bemüht sich die Bundeskanzlerin. Sie setzt sich wie kein anderer Politiker dafür ein, dass die Ukraine ihren Weg hin zu einem modernen demokratischen,



rechtsstaatlichen und wirtschaftlich starken Land gehen kann, das ein enger Partner von EU und NATO ist. Im Übrigen ist die Rechtslage eindeutig,:

Das Asowsche Meer ist kein Binnengewässer Russlands und die Ukraine muss Zugang zu ihren dortigen Häfen haben.

Innenpolitisch setzen wir unseren Kurs konkreter Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger fort. An erster Stelle stehen Verbesserungen für Schulen und Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Nach intensiven Verhandlungen hat

die Koalition mit Grünen und FDP auf die Änderung des Grundgesetzes geeinigt. Dadurch kann der Bund den Ländern und den Kommunen zusätzliches Geld für die Digitalisierung der Schulen und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Wir haben dabei erreicht, dass die Bundesmittel nur zusätzlich zu den Länderausgaben erfolgen, die Länder sich also keinen schlanken Fuß machen. Allein für die Schulen stellt der Bund in den nächsten Jahren 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir bleiben bei unserer Haltung, dass Bundesmittel für Länderaufgaben nicht die Regel werden.

Durch zwei weitere Gesetze sorgen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum: Zum einen wird es durch eine Sonderabschreibungsmögli-

chkeit für Investoren und Privatanleger attraktiver, in den Neubau von Mietwohnungen zu investieren. Zum anderen stärken wir den Mieter-schutz: Mieterhöhungen dürfen nach Modernisierungen nicht mehr so hoch ausfallen und der Vermieter muss in bestimmten Fällen dem neuen Mieter unaufgefordert Auskunft über die Vormiete geben.

Beim UN-Migrationspakt (GCM) ist es uns gelungen, einen gemeinsamen Antrag mit unserem Koalitionspartner auf den Weg zu bringen, der unsere Linie und Erwartungshaltung klar formuliert. Wir begrüßen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft dieser großen Herausforderung unserer Zeit widmet. Klar ist für uns dabei, dass der GCM Migration durch internationale Kooperation begrenzen soll.

Andere Staaten sollen Migranten besser behandeln, damit sie dort oder in ihrer Heimat ein würdevolles Leben führen können. Die nationale Souveränität Deutschlands wird durch den UN-Migrationspakt nicht angetastet, das stellen wir klar.

## Debatte zur Organspende

Über 10.000 Menschen warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Aber trotz grundsätzlich hoher Spendenbereitschaft in der Bevölkerung konnten im vergangenen Jahr in weniger als 800 Fällen gespendete Organe transplantiert werden. In einer Orientierungsdebatte des Bundestages am Mittwochrang Abgeordnete um den richtigen Weg, die Spendenbereitschaft zu erhöhen.

Auf der einen Seite standen fraktionsübergreifend diejenigen, die an der bestehenden Zustimmungslösung festhalten wollen. Sie besagt, dass potenzielle Spender einer Organentnahme nach dem Hirntod ausdrücklich zustimmen sollten. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die eine sogenannte doppelte Widerspruchslösung favorisieren.



Danach sollen Menschen automatisch Organspender sein können, wenn sie nicht von sich aus widersprechen. Nach ihrem Ableben müssten sich ihre Angehörigen an den mutmaßlichen Willen des Verstorbenen halten.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Karin Maag, sprach sich für die bewusste Zustimmung jedes Einzelnen aus: „Der freiheitliche Staat darf keine Entscheidungspflichten schaffen.“ Das

Selbstbestimmungsrecht des Menschen dürfe nicht auf ein nachträgliches Veto reduziert werden. Es gelte, auf anderen Wegen die Spendenbereitschaft zu erhöhen, etwa über bessere Aufklärung und Beratung. Maag zweifelte auch daran, dass die mangelnde Spendenbereitschaft das Hauptproblem

sei. Der Schlüssel liege bei den Kliniken, denen es an Zeit und Geld fehle. Sie regte auch die Schaffung eines Spenderregisters an.

Einen Gesetzentwurf, der die Rahmenbedingungen für Transplantationen verbessert, hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bereits vorgelegt. Er plädierte in der Debatte gleichwohl für die Widerspruchslösung. „Das Nein aussprechen zu müssen ist angesichts von zehntausenden Wartenden zumutbar“, sagte der CDU-Politiker. In einer freien Gesellschaft könne man von jedem Einzelnen erwarten, dass er sich Gedanken über ein so elementares Thema mache. Spahn wies darauf hin, dass allein die Debatte über die Widerspruchslösung bei den Bürgern das Bewusstsein für die Spendenproblematik geschärft habe. In den vergangenen Wochen sei die Zahl der Organspender in die Höhe gegangen.

## Förderung Mietwohnungsbau

Wir haben einen Gesetzentwurf zur Umsetzung steuerlicher Anreize durch die Einführung einer Sonderabschreibung eingeführt. Diese ist auf im Zeitraum vom 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 beantragte Bauvorhaben beschränkt, eine räumliche Begrenzung der Förderung auf bestimmte Gebiete in Deutschland ist jedoch nicht vorgesehen.



Die Sonderabschreibung soll im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in den folgenden drei Jahren bis zu jährlich 5 Prozent neben der linearen AfA betragen, insgesamt damit 28 Prozent der förderfähigen Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Das Vorhaben ist Teil unserer Wohnraumoffensive, mit deren Hilfe insgesamt 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime in dieser Legislaturperiode gebaut werden sollen. Hintergrund ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Um die Nachfrage durch verstärkten Mietwohnungsneubau zu decken, zielt die Einführung einer Sonderabschreibung darauf ab, insbesondere private Investoren nun zum Bau preiswerter Mietwohnungen zu bewegen.

## Bundesregierung bewirbt Anleitung zu Elternspionage

Eine vom Bundesfamilienministerium geförderte und von der Ministerin beworbene Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ enthält teilweise absurde Fallbeispiele und Vorschläge, die auf eine Schwächung vertrauensvoller Familiengemeinschaften abzielen.



So wird erklärt, woran „gefährdete“ Kinder aus „völkischen Familien“ er-

kannt werden können. Zum Beispiel daran, dass Mädchen Zöpfe und Kleider tragen und daheim zu Haus- und Handarbeiten angeleitet werden. Eine Broschüre, die Vorurteile bekämpfen will, vermittelt selbst welche. Unangenehm fällt auch die einseitige Fixierung auf rechtsextremistische oder rechtsradikale Elternhäuser auf. Dass Gefahren auch von links-extremistischen Eltern ausgehen können, kommt den Verfassern gar nicht in den Sinn.

Erzieherinnen sollen unsere Kinder betreuen, bilden und

Werte vermitteln, nicht aber die politische Gesinnung der Eltern überprüfen und korrigieren. Wenn Erzieherinnen und Erzieher zu Überwachern und zum Korrektiv der elterlichen Gesinnung werden sollen, überschreitet das Grenzen.

Dieses Heft enthält quasi staatliche Handlungsanweisung zur Elternspionage und Elternerziehung für Erzieherinnen. Das passt nicht nur nicht zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern gibt auch einen bezeichnenden Eindruck von den Zielsetzungen unserer derzeitigen Bundesregierung.

## Arbeitslosenversicherung

Diese Woche haben wir einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Weiterbildungsförderung für Arbeitnehmer verabschiedet.

Es geht insbesondere darum, denjenigen Beschäftigten die Fortentwicklung ihrer beruflichen Kompetenzen zu ermöglichen, die durch fort-

schreitende Automatisierung vom Strukturwandel betroffen sind. Darüber hinaus werden auch Menschen, die einen Engpassberuf anstreben und Beschäftigte im aufstockenden Leistungsbezug davon profitieren können.

Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt gestaffelt nach Be-

triebsgröße Teile der Weiterbildungskosten und gibt Zuschüsse zum Arbeitsentgelt; den Rest finanziert der Arbeitgeber. Des Weiteren wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zur Entlastung von Beschäftigten und Arbeitgebern zum 1. Januar 2019 von 3,0 Prozent insgesamt um 0,5 auf 2,5 Prozent gesenkt.

## Planungssicherheit bei Breitbandförderung

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“ beschlossen, das mit Haushaltsmitteln in Höhe von 2,4 Milliarden Euro ausgestattet wird. Das schafft Planungssicherheit bei den Kommunen, die beim Breitbandausbau dringend auf Fördermittel angewiesen sind.

Die digitale Infrastruktur ist eine der wesentlichen Grundlagen für viele Bereiche, die zur

Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen. Dazu gehören nicht nur telemedizinische Anwendungen, sondern auch die Anbindung von Gewerbegebieten oder Schulen an schnelles Internet und die Schaffung der Voraussetzungen für eine moderne Mobilfunkversorgung.

Der Fonds ‚Digitale Infrastruktur‘ ist ein wichtiger Beitrag zur



Stärkung und zur Verbesserung der Entwicklungspotenziale von Kommunen vor allem in dünn besiedelten ländlichen Räumen. Der mit dem Fonds verbundene Wechsel der Netzinfrastruktur zur Glasfasertechnologie stellt sicher, dass die Fördermittel des Bundes zukunftsorientiert eingesetzt werden und eine langfristige Wirkung entfalten.

AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**„Es gibt hier kein Scharia-Recht auf deutschem Boden. Wir müssen eine bessere staatliche Aufsicht über die Koranschulen haben. Es geht nicht, dass unsere Kinder in den staatlichen Schulen unterrichtet und in den Koranschulen indoktriniert werden“**

(Friedrich Merz auf der Regionalkonferenz in Düsseldorf zu m Thema Islam, Grundgesetz und Religionsfreiheit)

## Gesundheitsforschung

Das Bundeskabinett hat heute das neue Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung beschlossen und damit die Forschungsförderung in diesem Bereich strategisch neu ausgerichtet.

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland von den Ergebnissen der Gesundheitsforschung und vom medizinischen Fortschritt profitieren. Unsere Forschungsförderung konzentrieren wir dabei auf die **H a n d l u n g s f e l d e r** „Krankheiten vorbeugen und heilen“, „Medizinischen Fortschritt vorantreiben“ und „Forschungsstandort stärken“, in denen die absehbar bedeutendsten Krankheitsbilder, die zukunftssträchtesten Methoden, Technologien und Forschungsgebiete bzw. die Strukturen und Rahmenbedingungen von Forschung adressiert werden.

Mit einer Nationalen Dekade gegen den Krebs möchten wir gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit und weiteren Partnern aus Wissenschaft, Gesellschaft und Industrie dafür sorgen, dass weniger Menschen an Krebs erkranken,

die Krankheit früher erkannt wird und die Patientinnen und Patienten besser therapiert werden - unabhängig von ihrem Wohnort.

Mit der Gründung von zwei neuen Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung adressieren wir die speziellen Belange von Kindern und Jugendlichen sowie von psychisch Erkrankten.

Eine gelungene Translation von Forschung in den Versorgungsalltag setzt voraus, dass die Bedürfnisse und Anliegen der Menschen im Zentrum der Gesundheitsforschung stehen. Das Rahmenprogramm wird den dafür notwendigen Austausch der Forschung mit Betroffenen, Angehörigen und Akteuren des Gesundheitswesens ermöglichen und fördern.

Das neue Programm trägt auch dazu bei, dass die großen wissenschaftlich-technologischen Innovationstreiber in der Medizin - die Digitalisierung, die Künstliche Intelligenz oder neue molekularbiologische Methoden - zu

Produkten und Anwendungen führen, die Gesundheit und Lebensqualität von Patientinnen und Patienten dauerhaft verbessern.

Schließlich gilt es, die Strukturen der Gesundheitsforschung zukunfts- fest aufzustellen. Die Vielfalt des deutschen Wissenschaftssystems ist unsere Stärke. Um die Effizienz und internationale

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Gesundheitsforschung zu steigern, müssen wir die Zusammenarbeit weiter verbessern - über die Grenzen von Fachrichtungen und Institutionen hinweg. Zudem werden wir Forschung und Versorgung noch enger zusammenbringen. Mit einem Translationsprogramm im Rahmen der Nationalen Wirkstoffinitiative wollen wir alle relevanten Akteure aus Forschung, Gesundheitswirtschaft und auch aus Zulassungsbehörden frühzeitig im Innovationsprozess zusammenbringen.

Das neue Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung finden Sie unter

<https://www.bmbf.de/de/gesundheitsforschung-136.html>.

